

Deutschland steht vor etwas, das einem Systemwechsel gleicht. Die Brandmauer, die die Ränder lange ferngehalten hat, gibt nach. Das Ergebnis in Sachsen-Anhalt ist nur das jüngste Signal. Die AfD legt kräftig zu, die CDU stürzt ab, und Sahra Wagenknechts BSW zieht – knapp, aber unübersehbar – in den Landtag ein. Die Markierung ist klar: Wagenknecht beabsichtigt nicht, die alte Ausgrenzungslinie aufrechtzuerhalten. Damit öffnet sich die Tür für ein Zusammenwirken zweier Parteien, die beide weit von der überkommenen Mitte entfernt sind.

Man könnte das Ergebnis als regionale Besonderheit eines ostdeutschen Flächenlandes abtun. Landespolitik folgt eigenen Regeln, und Magdeburg ist nicht Berlin. Die Umfragen auf Bundesebene weisen jedoch in dieselbe Richtung. SPD, Grüne und Linke liegen jeweils um die zehn Prozent, keine darüber. Es ist eine Landschaft, in der die alten Sperren nicht mehr greifen und in der die Frustration der Wähler von den etablierten Parteien nicht mehr aufgefangen wird.

In dieser Lage wirkt die wahrscheinliche Entscheidung der CDU – den Bund zusammenzuhalten und den Rändern keinen nationalen Einfluss zu geben – als das geringere Übel. Zumal die jüngsten Enthüllungen über russische Operationen auf deutschem Boden zeigen, wie verwundbar die Bundesrepublik ist. Auf Landesebene kann es indes klüger sein, die Populisten Verantwortung tragen zu lassen, als an einer Ausschlussstrategie festzuhalten, die als Trotz der Eliten gegen die Wähler gelesen wird.

Hier lohnt ein Blick nach Skandinavien. Einbindung unter Bedingungen – nicht Ausgrenzung – hat populistische Parteien zur Mäßigung und zur Übernahme von Verantwortung gezwungen. Die Polarisierung ließ nach, Proteststimmen wurden in sachpolitische Prioritäten überführt. Kein Idyll, aber eine Methode, die funktioniert.

Deutschland fällt dieser Weg schwerer. Die Geschichte lastet auf der Politik: zwei totalitäre Regime, die beide Volkssouveränität für sich beanspruchten, und eine westdeutsche Nachkriegsordnung, die darauf gebaut war, Weimars Fehler nicht zu wiederholen. Nach dem Mauerfall leitete derselbe Impuls die Wiedervereinigung. Nicht alle aber sehen sich als Gewinner dieses Prozesses – am wenigsten junge Ostdeutsche, die weder die Unterdrückung der DDR erinnern noch sich an der Modernisierung beteiligt fühlen.

Regionale politische Erdbeben sind nichts Neues. Es gab sie in den nordischen Ländern, in Frankreich, Spanien, Italien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Die entscheidende Frage bleibt dieselbe: Wie begegnet man den Rändern, ohne sie zu Märtyrern zu machen oder zu einer Gefahr für das System werden zu lassen.

Die Demokratien der Nachkriegszeit haben das meist durch Festhalten an Einbindung und Assimilation bewältigt. Wo Gewalt ausbrach, spielte äußere Einwirkung oft eine Rolle – etwa die Unterstützung der DDR für Baader-Meinhof und die RAF. Ein zweiter, anderer Mechanismus war politischer Natur: Wurde das Vorgehen der etablierten Parteien als Ausschluss aus dem demokratischen Spiel empfunden, entstand leicht das Gefühl, das System sei gestellt. Die Verteidigung der offenen Gesellschaft hat mitunter genau dieses Gefühl selbst erzeugt.

Die Lehre gilt noch. Rote Linien gehören an Sachfragen, nicht an Parteinamen, solange die Akteure im Rahmen des Gesetzes handeln. Der Weg ist anspruchsvoller. Er ist aber auch der, der den Kern der Demokratie am ehesten bewahrt.